

Karsten Koch

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Beckum

18. März 2010

**Im Zeichen gigantischer Haushaltsdefizite:
den schwerfälligen Tanker Stadt Beckum in
aufgepeitschter See auf sicheren Kurs steuern.**

* * * * *

**Rede anlässlich der Verabschiedung
des Haushaltes der Stadt Beckum
für das Jahr 2010**

- Es gilt das gesprochene Wort -



Kommunikationsdaten:

SPD-Geschäftsstelle, Vorhelmer Straße 3, 59269 Beckum
Telefon 02521.17384 - Fax 02521.16934 - E-Mail vorsitzender@spd-fraktion-beckum.de
Internet www.spd-fraktion-beckum.de und www.beckum-gewinnt.de

Anrede

Walter Bernet schreibt in seinem 1961 erschienenen Buch „Verkündigung und Wirklichkeit“: „Es gibt kleine Geister, die behaupten, es sei besser, ein sattes Schwein zu sein als ein unglücklicher Mensch.“ Eine interessante These, bei der man leicht der Gefahr anheim fällt, bei der Auseinandersetzung mit ihr allzu gefährliche Pfade und Abwege zu beschreiten.

Dennoch will ich diese Aussage in unser haushaltspolitisches Umfeld transformieren, in dem ich frage, was besser ist:

eine Haushaltspolitik in der Stadt Beckum zu betreiben, die das Geld mit vollen Händen ausgibt, allen noch so eigentümlichen Wünschen nachkommt und künftige Generationen rücksichtslos belastet -ich denke hier an die zurückliegende Kommunalwahlperiode- oder aber

Haushalte zu gestalten, die von Mangel, Verzicht und der Abkehr von dem Prinzip des „Über die Verhältnisse leben“ geprägt sind -hier denke ich an die vor uns liegende Wahlperiode-? Was ist besser?

Macht nicht eine Haushaltspolitik im Duktus der CDU die Menschen glücklicher, die selbst im Krisen- und Einnahmeneinbruchjahr 2009, für das in unserer Stadt sofort nach der Kommunalwahl und damit nur wenige Monate nach der Etatverabschiedung eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt wurde, noch „aus dem Vollen schöpfen“¹ wollte - macht nicht eine solche Handlungsweise glücklicher als eine Politik, die in 2010 und in den kommenden Jahren von Haushaltsdefiziten, Rücklagenverzehr und der virulenten Gefahr eines Haushaltssicherungskonzeptes bestimmt wird?

Was macht glücklicher?

„Verkündigung und Wirklichkeit“ lautet der von mir erwähnte Buchtitel von Walter Bernet. Aus Sicht der schwarz-gelben Koalition war die Beckumer Welt bis zum 30. August 2009, dem Tag der Kommunalwahl, in Ordnung.

In seiner Rede zur Verabschiedung des Etats 2009 verkündigte der CDU-Fraktionsvorsitzende noch: „Wir haben gezeigt und bewiesen, dass wir es können und dass wir bereit und in der Lage sind, unsere Heimatstadt Beckum mit Weitsicht, klugen Planungs- und Investitionsentscheidungen in eine erfolgreiche Zukunft führen.“

Musste eine solche Verkündigung nicht den Glauben an ein paradiesisches Leben in Beckum nähren? Und mit einem grandiosen Zuwachs bei einer Wahl belohnt werden, bei der wegen der bundespolitischen Stimmung kaum jemand einen Pfifferling auf die SPD setzen würde?

Die Bürgerinnen und Bürger haben die an Überheblichkeit nicht mehr zu überbietende Verkündigung so gedeutet, dass es an der Zeit ist, die schwarz-gelbe Mehrheit schlicht und einfach abzuwählen. Sie haben sich gegen die Verkündigung und für die Wirklichkeit entschieden. Unglückliche Menschen entscheiden so.

Es gibt drei wesentliche Ergebnisse der Kommunalwahl, die für die nächsten Jahre von Bedeutung sind:

1. Die Zeit der schwarz-gelben Ratsmehrheit, die den Bürgermeister in einer Art babylonischer Gefangenschaft gehalten hat, ist vorbei.
2. Die scheinbar unüberwindliche Betonmauer, die über Jahre im Rat aufgebaut worden ist, ist zusammengestürzt.
3. Wir haben eine politische Konstellation im Rat mit immer mal wieder wechselnden Mehrheiten, die jede einzelne Fraktion fortwährend in die Pflicht und in die Verantwortung nimmt.

¹ Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 31. März 2009

Solche wechselnden Mehrheiten haben zum Beispiel dazu geführt, dass sich zwei Mal - sogar mit Unterstützung der Grünen- eine Mehrheit gegen die SPD bei Projekten aus dem Bereich der regenerativen Energien gefunden haben, nämlich bei der „Green Gecco“-Beteiligung und bei der Erstellung eines Solarflächenkatasters. Auch wenn wir uns in der Sache ganz andere Ergebnisse gewünscht haben: lieber so und bei anderer Gelegenheit wieder Mehrheiten gewinnen als fünf Jahre lang an einer schwarz-gelben Betonideologie zu verzweifeln.

Aber was wird nun kommen?

Wir werden in diesem neuen Rat mehr Offenheit leben können, weil festgefahrene Strukturen nicht mehr bestehen.

Wir werden eine neue politische Kultur leben, bei der die vermeintlichen Sieger und Besiegten nicht schon vor der eigentlichen Debatte feststehen.

Und wir werden die Aufgabe haben, den schwerfälligen Tanker Stadt Beckum in aufgepeitschter See auf sicheren Kurs zu steuern.

Es wird sich noch in diesem Jahr 2010 zeigen, wenn wir die erste wirkliche Strukturdebatte über Aufgabenwahrnehmung, Infrastrukturausstattung und Standardgestaltung in unserer Stadt führen, wer auf diesem schwerfälligen Tanker seiner Verantwortung gerecht wird oder sich als lose Kanone an Bord erweist und möglicherweise ein Loch in die eigene Bordwand schießt. Die Zeit der Verkündigung und der kleinen Geister ist vorbei, die Zeit der Wirklichkeit ist gekommen.

Der Haushalt 2010 ist aus Sicht der SPD-Fraktion ein Übergangshaushalt. Es ist es deshalb, weil er noch einmal an alten Strukturen festhält und mit seinem bedrohlichen Defizit dem Ernst der Lage nicht gerecht wird.

In der Bundespolitik wird der Haushalt 2010 auf Sicht gefahren“. Aber wieso nur 2010? Muss man das nicht immer? Das Sichtfahrgebot verlangt von einem Kraftfahrer, seine Geschwindigkeit zu jeder Zeit den äußeren Umständen anzupassen, um rechtzeitig vor einem Hindernis anhalten zu können. Wenn man haushaltspolitisch nicht auf Sicht fährt, darf man dann mit Höchstgeschwindigkeit bei Nebel und Glatteis in die finanzielle Katastrophe hinein jagen? Wohl kaum. Insofern ist es besondere Form der Volksverdummung, wenn die schwarz-gelbe Wunschehe betont, 2010 werde haushaltspolitisch auf Sicht gefahren.

Der Haushalt der Stadt Beckum für das Jahr 2010 ist zweifelsfrei ein Übergangshaushalt. Das ist ganz besonders auch der wenigen Zeit zwischen der Haushaltseinbringung im Rat und der abschließenden Beratung in den Fachausschüssen geschuldet. Mit diesem Etat kann man aber finanzpolitisch nicht auf Sicht fahren, weil die Hindernisse deutlich zu erkennen sind.

Ich will zwei Zahlen nennen, die unterstreichen, dass wir es mit einem Übergangshaushalt zu tun haben und es ohne Strukturveränderungen auf gar keinen Fall weitergehen kann.

Im Jahr 2010 sollen 7,6 Millionen Euro aus der Ausgleichrücklage entnommen werden, um den Haushalt auszugleichen. Das klingt gut, ist es aber nicht. Wir haben keine Rücklage, mit der wir etwas ausgleichen können; die Ausgleichrücklage ist nicht mehr als eine buchhalterische Luftnummer. Wenn wir sie in Anspruch nehmen, dann heißt das entweder, wir müssen etwas verkaufen oder wir müssen Schulden machen. Da wir nichts zu verkaufen haben, machen wir Schulden und zwar 7,6 Millionen für die Liquiditätssicherung. Das ist die erste Zahl. Die zweite Zahl ist der Haushaltssatzung zu entnehmen. Dort heißt es: „Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 18.000.000 EUR festgesetzt.“ Im schlimmsten Fall bedeutet das, dass wir am Ende des Jah-

res unser laufendes Konto um 18 Millionen Euro überzogen haben. Das ist eine Zahl, die bei verantwortungsbewussten Haushaltspolitikern Panikattacken auslösen muss.

Es ist noch nicht einmal ein Jahr her, dass die Beckumer CDU haushaltspolitisch „aus dem Vollen schöpfen“ wollte. Mit dem Haushalt 2009 wurde in der Finanzplanung für das Jahr 2010 ein Gewerbesteuerertrag von 19,8 Millionen Euro prognostiziert. Im heute zu verabschiedenden Etat sind aber nur 14,5 Millionen Euro veranschlagt. Wir stehen finanziell am Abgrund - Verkündigung vorbei, Wirklichkeit da. Das ist die politische Eröffnungsbilanz, die dem neuen Rat von der alten Mehrheit hinterlassen wurde. Das jahrelange Schwadronieren von der Notwendigkeit zu sparen, die Personalkosten zu reduzieren, die Dienstleistungen der Stadt auf den Prüfstand zu stellen, alles das war nicht mehr als belanglose Verkündigung. Die Wahrheit ist nun, dass wir im Zeitraum von 2010 bis 2013 nach derzeitigem Stand im Ergebnisplan ein Defizit von unglaublichen 23 Millionen Euro ausweisen.

Der neue Rat hat eine gigantische Aufgabe, ja geradezu eine Augiasaufgabe vor sich. Er muss einen strukturellen Konsolidierungsprozess einleiten, um so die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten bzw. richtigerweise wiederherzustellen. Niemand muss glauben, dass das ein leichtes Unterfangen sein wird. Wir werden an den Grundfesten unserer Stadt rütteln und es dabei vermutlich mit drei Konfliktlinien zu tun haben: in den eigenen Fraktionen und Parteien, im Rat und gegenüber der Bürgerschaft. Das werden brutale Diskussionen und Entscheidungsprozesse.

Dieser Aufgabe und diesen Konfliktlinien gilt es sich zu stellen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden das tun - in Verantwortung für die Stadt Beckum deren Bürgerinnen und Bürgern. Wir werden aber keine Strategie des „sich zu Tode Sparens“ verfolgen. Unsere Stadt Beckum ist ein Ort der gesellschaftlichen Integration, sie ist wichtig für das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, sie steht für Verlässlichkeit und ist maßgebend für das funktionierende Zusammenleben von rund 37.000 Menschen. Strukturen zu zerschlagen und später noch höhere Folgekosten als die ursprünglichen Einsparungen zu finanzieren - das wird es mit uns nicht geben.

Wir werden jeden Stein umdrehen und so manchen auch wieder zurücklegen. Denn neben der unausweichlichen Strukturdebatte ist eines auch klar: wir werden den Haushalt nicht in Ordnung bringen können, wenn nicht endlich die kommunalfeindliche Politik der schwarz-gelben Bundes- und Landesregierung ein sofortiges Ende findet.

Mehr als 2 Milliarden Euro kosten die Städte und Gemeinden allein die bislang von der friedfertigen Wunschkoalition aus CDU und FDP beschlossenen Steuerprivilegien für Klientelgruppen wie etwa spendenfreudige Hoteliers. Und der Wahnsinn nimmt kein Ende: das vor 14 Tagen von der Koalition beschlossene Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften wird nach Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes NRW alleine bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu weiteren unmittelbaren Steuermindereinnahmen in Höhe von rund 160 Millionen Euro führen. Das ist nicht in unserem Haushalt 2010 eingepreist.

Wie sollen wir eine solche schwarz-gelbe Bundespolitik überleben? Auch Kommunalpolitiker der Union wissen es und sagen es: Die Kommunen stehen vor dem Ruin, die Bundesregierung droht ihnen das Kreuz zu brechen. Und als sei das noch nicht genug, setzt schwarz-gelb in Berlin eine Gemeindefinanzkommission ein, die sich das Ziel gesetzt hat, die Gewerbesteuer abzuschaffen, die die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist. Das können wir nicht überleben, das ist unser Ruin.

Die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung ist genauso kommunalfeindlich. Sie hat den kommunalen Anteil an der Grunderwerbssteuer gestrichen und den allgemeinen Anteil der Kommunen am Steueraufkommen gesenkt - Minus für die Kommunen bis heute: 1,122 Milliarden Euro. Gleichzeitig wurde der kommunale Anteil an den Krankenhausinvestitionen verdoppelt: 440 Millionen Euro Zusatzbelastung für Kommunen.

Die gesamten Kürzungen bei Kindern und Schülern (Betriebs- und Investitionskostenpauschale der Kitas, Sachmittelpauschale, Landesjugendplan, Schülerfahrtkosten etc.) summieren sich auf fast 530 Millionen Euro. Der Abschlag auf den Verbundsatz von bisher 23 Prozent um 1,17 Prozent seit dem letzten Jahr kostet die Städte und Gemeinden weitere 402 Millionen Euro. Außerdem verweigert schwarz-gelb den Kommunen trotz Urteil des NRW-Verfassungsgerichtshofes noch immer die Rückzahlung von Hunderten Millionen Euro zu viel gezahlter Aufbau-Ost-Gelder.

Alle Kürzungen und die fehlenden Aufbau-Ost-Gelder summieren sich auf einen Kommunaldiebstahl von mehr als 3 Milliarden Euro.

Wir wollen in Beckum unsere wahrlich nicht leichten Aufgaben und Herausforderungen verantwortungsbewusst erfüllen. Aber schwarz-gelb in Bund und Land bricht uns das Genick. Das, was am 30. August in Beckum gelungen ist, muss auch am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen gelingen: schwarz-gelb gehört abgewählt, sonst werden wir ruiniert.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden den Übergangshaushalt 2010 mittragen. So problematisch das Zahlenwerk auch ist, es steht auch für die Umsetzung des Konjunkturpaketes II mit erheblichen Investitionen in die Ketteler-Hauptschule und in wichtige Infrastrukturprojekte unserer Stadt wie etwa die Sanierung der Fußgängerunterführung und der Errichtung eines weiteren Parkplatzes am Bahnhof in Neubeckum sowie der Herstellung eines Kunstrasenplatzes in der Römerkampfbahn. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass dieses Konjunkturpaket II von der SPD innerhalb der großen Koalition konzipiert und von der FDP heftig kritisiert wurde. Heute können wir froh sein, dass es dieses Programm gibt, denn unsere Stadt Beckum profitiert ungemein, werden doch zusätzliche Investitionen gefördert, die vorher nicht im Haushalt durchfinanziert waren.

Aus Zeitgründen möchte ich auf die Nennung weiterer, für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtiger Schwerpunkte im Etat verzichten und stattdessen noch kurz auf den inhaltlichen Rahmen der vor uns liegenden Wahlperiode eingehen.

Trotz aller Finanznot wollen wir Politik gestalten. Gemeinsam mit den Grünen und der FWG haben wir sechs Themenfelder identifiziert, denen unser besonderes Augenmerk gilt:

- Demographische Entwicklung
- Stärkung der Familien
- Wirtschaftsförderung
- Konsolidierung der städtischen Finanzen
- Förderung des Ehrenamtes
- Steuerung der städtischen Beteiligungen

Diesen Themen haben wir in den Fachausschüssen einen neuen Stellenwert gegeben und wir werden sie in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren mit Leben erfüllen. Auch wenn uns derzeitig finanziell das Wasser bis zum Halse steht, brauchen wir eine nachhaltige Strategie für eine schuldenfreie Stadt Beckum. Wir wollen eine Stadt ohne Schulden und wir werden dieses Thema auf die Tagesordnung bringen und dafür kämpfen, dass Schulden konsequent getilgt werden - auch wenn wir zunächst nur mit einem Schuldenentwicklungsszenario beginnen können.

Was uns freut ist die Tatsache, dass die Erkenntnis, sich kommunal um die demografische Entwicklung unserer Stadt zu kümmern, immer mehr Nacheiferer findet. Plötzlich haben sich alle Fraktionen im Rat schon immer um das Thema gekümmert und genauso plötzlich er-

nennt der Bürgermeister einen Demografiebeauftragten. Was eingestürzte Betonmauern nicht alles bewirken können.

Und ein letztes Beispiel will ich mit der Steuerung der städtischen Beteiligung benennen. Das ist eine große politische Aufgabe des Rates und nicht einzelner, mitunter zufällig benannter Vertreter der Stadt. Wir wollen unsere wirtschaftlichen Beteiligungen stärken und Wirtschaftspläne der Gesellschaften nicht als ungelesene Durchlaufposten als Anlage zum Haushalt passieren lassen. Auch hier gibt es reichlich zu tun.

Meine Damen und Herren, die Beratungen im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Grundstücksangelegenheiten sowie in den Fachausschüssen waren fair und sachlich. Dafür danke ich allen Ratskolleginnen und -kollegen.

Ich bedanke mich auch herzlich beim Bürgermeister beim Kämmerer, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei sowie bei Herr Vehrenkemper für die Unterstützung unserer Etatberatungen.

Ihnen, Herr Dr. Strothmann, möchte ich mit auf den Weg geben, dass Sie seit dem 30. August 2009 eine Offenheit und Kooperationsbereitschaft an den Tag legen, wie wir Sie in der zurückliegenden Wahlperiode sehr oft vermisst haben. Weniger Knepper und mehr Strothmann sind eine gute Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem gesamten Rat. Und die brauchen wir dringender denn je. Aber vergessen Sie nicht die Warnung von Johann Wolfgang von Goethe: „Wer sich allzu grün macht, den fressen die Ziegen.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit